

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angedruckt. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-298. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 2500-2507.

Amerikas Zuspruch.

Ansprachen beim Amtsantritt des neuen Botschafters.

Der Reichspräsident hat heute vormittag 11.30 Uhr den neu ernannten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Schurman, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bisherigen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der Vereinigten Staaten, Herrn Houghton, empfangen.

Botschafter Schurman hielt hierbei folgende Ansprache an den Reichspräsidenten:

„Eure Excellenz, Botschafter Houghton ist auf einen anderen Posten versetzt worden und außerstande, sein Abberufungsschreiben persönlich zu überreichen. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat mich daher beauftragt, das zu tun. Gleichzeitig habe ich die Ehre, mein Beglaubigungsschreiben zu übergeben.“

Es ist der Wunsch meiner Regierung, in dem vollsten Maße gegenseitige Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern zu pflegen. Persönlich von herzlichen Empfindungen befeelt, die im gemeinsamen Leben und beim gemeinsamen Studium ihren Anfang nahmen und durch fortgesetzte gesellschaftliche Beziehungen genährt worden sind, wird es mir eine besondere Genugtuung sein, die Instruktionen meiner Regierung auszuführen. Ich bitte angelegentlich, daß die deutsche Regierung mir Vertrauen und Zusammenarbeit gewähren möchte, wie sie meinem Amtsvorgänger in so reichem Maße und mit so glücklichem Erfolg gewährt worden sind. Alsdann werden wir zusammen das Wiedererleben der alten Beziehungen herzlicher Freundschaft zwischen dem Deutschen und dem amerikanischen Volke fördern, die in der Vergangenheit in so hervorragender Weise zum Frieden und zum Wohle der Menschheit beigetragen haben.

Wiemohl sich die Welt heute im Friedenszustande befindet, genießt sie nicht die Früchte des Friedens.

Die Geiseln der Furcht und des Mißtrauens gehen unter den Nationen um

und stehen ihrem besten Streben nach wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Wiederherstellung entgegen. Wenngleich es die Politik Amerikas ist, an der Lösung europäischer Fragen nicht teilzunehmen und wenngleich es mir daher nicht anstehen würde, hinsichtlich des Wertes der politischen Aktion, die jetzt erwogen wird, eine Meinung zu bekunden, so sei es mir doch verstatet, es als ein glückliches Omen für den Frieden und die Gesundheit der Welt zu begrüßen, daß Deutschland eine neue Anwendung der vielen Grundzüge der Verständigung und des gegenseitigen Vertrauens vorge schlagen hat.

Mit tiefer Bewunderung für das, was Deutschland in der Vergangenheit für die Zivilisation beigetragen hat, und mit festem Glauben an die Fähigkeit des deutschen Volkes, seine derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden, habe ich die Ehre, Eure Excellenz,

die besten Wünsche des Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für das Wohl und das Gedeihen Deutschlands zu übermitteln.“

Der Reichspräsident erwiderte u. a.:

Für die freundlichen Worte, die Sie loben an mich gerichtet haben, spreche ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank aus. Ich habe daraus mit großer Genugtuung entnommen, daß Ihre hohe Regierung den Wunsch hegt, auch fernerhin die zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika bestehende wechselseitige Freundschaft in weitestgehendem Maße zu pflegen. Seien Sie versichert, Herr Botschafter, daß ich und die Reichsregierung,

eingedenk der zahlreichen Freundschaftsbeweise, die Deutschland in den letzten schweren Jahren von Ihrem Lande empfangen hat,

von den nämlichen Bestrebungen geleitet sind, wie Ihre Regierung, wir werden tun, was in unseren Kräften steht, um Ihnen die Erfüllung der mit Ihrem verantwortungsvollen Amt verbundenen Aufgaben zu erleichtern.

Neben den ausgebreiteten wirtschaftlichen Beziehungen, die Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika wechselseitig verbinden, sind unsere beiden Länder von jeher durch starke geistige Bande verbunden. Ich zweifle nicht, daß Sie, als ehemaliger Student dreier deutscher Universitäten, als Gelehrter von Welt Ruf und als langjähriger Präsident der berühmten Cornell-Universität, die uns schon einmal in Ihrem Herrn Amtsvorgänger Andrew D. White einen hervorragenden Vertreter Ihres Landes gegeben hat, gerade für die amerikanischen-deutschen kulturellen und geistigen Beziehungen volles Verständnis besitzen werden.

Eure Excellenz Hinweis auf das unbefriedete Europa und Ihre sympathische Würdigung der neuen Schritte, die die Reichsregierung unternommen hat, um eine gegenseitige und aufrichtige Verständigung herbeizuführen, beweisen, daß Sie, Herr Botschafter, warmherziges Verständnis für die politischen Räte und die ehrlichen, auf einen wirklichen Frieden gerichteten Absichten des deutschen Volkes besitzen.

Für die guten Wünsche des Herrn Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Sie mir gütigst übermittelt haben, spreche ich Ihnen meinen angelegentlichsten Dank aus.

Im Namen des Deutschen Reichs heiße ich Sie, Herr Botschafter, herzlich willkommen.“

Bei dem Empfang waren Reichsaußenminister Dr. Stresemann sowie Staatssekretär von Schubert zugegen.

Mussolinis drei letzte Perlen.

(Von unserem römischen Berichterstatter.)

Rom, den 29. Juni 1925.

In den Kammeritzungen vom 18. bis 20. Juni hat Mussolini seiner Diktatorkrone die letzten drei Perlen angefügt: jetzt ist der Schmuck vollendet. Man hat das Gesetz gegen die Beamten angenommen, dann das über die im Verordnungswege, also unter Umgehung des Parlaments zu erlassenden Verfügungen mit Gesetzeskraft und schließlich — in 40 Minuten einer Nachitzung — das Pressegesetz.

Sobald diese Gesetze auch vom Senat angenommen sein werden, kann somit die Regierung alle Beamten entlassen, ohne sie auch nur zu hören und ohne Appellinstanz, einschließlich der Richter und der Universitätsprofessoren! Um diesem Schicksal zu verfallen, genügt, sich „durch Rundgebungen innerhalb oder außerhalb des Dienstes“, „in Widerspruch zu den allgemeinen politischen Richtlinien der Regierung“ zu setzen. Weiter wird die Regierung auf Grund des Gesetzes über die auf dem Verordnungswege zu erlassenden Verfügungen so ziemlich alles auf diesem Wege erledigen können, mit fast einziger Ausnahme der Budgetbewilligung.

Was das Pressegesetz betrifft, so stellt sich jetzt heraus, was wir schon gefagt haben, daß nämlich ein Teil der Sondergesetze zur Anebelung des Landes überflüssig ist, weil ja die Regierung in bezug auf die Abänderung der Polizeibefugnisse, des Strafrechtes und der Strafverfahren bereits alle Vollmacht in Händen hat, so daß sie die Sondergesetze gar nicht mehr braucht. Freilich hatte am 28. Mai der Justizminister Rocco ausdrücklich erklärt, daß die für das Strafrecht geordneten Vollmachten die Pressevergehen nicht betreffen, weil über diese der Kammer ein besonderer Gesetzentwurf vorläge. Als aber die Kammer in vierzig Minuten das Pressegesetz annehmen mußte, tat Mussolini zu wissen, daß 15 Paragraphen des Entwurfs schon in den Bereich der außerordentlichen Vollmachten fielen. Der Kommissionsbericht des Gesetzes war zwar nicht fertig, so daß die ganze vorhergehende Kommissionsberatung unnötig war, da sie ja der Kammer gar nicht vorgelegt wurde. Um 6 Uhr nachmittags kamten die faschistischen Abgeordneten noch nicht den genauen Wortlaut des Gesetzes, das sie um 11 Uhr abends schon angenommen hatten. Selbstverständlich blieb die gesamte Opposition der Nicht-Faschisten der Nachitzung fern, um ihr nicht den Firnis der Legalität zu verliehen. Bei dieser Gelegenheit ist übrigens zum erstenmal das neue Kammerreglement angewendet worden, das erlaubt, Entwürfe zur Diskussion zu stellen, die nicht auf der Tagesordnung stehen.

In den vierzig Minuten hat die faschistische Kammer 1. die Regierung autorisiert, sich der Vollmacht in Sachen der Strafreform zu bedienen, um Normen gegen die durch die Presse begangenen Mißbräuche und Verbrechen zu erlassen; 2. die acht Paragraphen des neuen Pressegesetzes angenommen.

§ 1 enthält die Bestimmungen über den verantwortlichen Redakteur, der tatsächlich eine leitende Stellung in dem Blatt haben muß, weder Senator noch Abgeordneter sein kann, bei der zu gründenden Journalistenkammer eingetragen sein muß und bei zweimaliger Beurteilung wegen Preßvergehens abgelehnt werden kann; zuständig für die Abnehmung ist der Oberstaatsanwalt des Appellationsgerichts, Berufungsinstanzen gegen seine Ablehnung sind der Justizminister und der Staatsrat.

§ 2 setzt fest, daß kein Blatt veröffentlicht werden kann, wenn nicht der Oberstaatsanwalt den verantwortlichen Redakteur anerkannt hat.

§ 3 bestimmt, daß, gleichzeitig mit dem Antrag um Anerkennung des verantwortlichen Redakteurs, Drucker und Verleger des Blattes eine Erklärung vorlegen müssen, die Namen und Wohnort aller Besitzer des Blattes enthält. Handelt es sich um eine Aktiengesellschaft, sind die Mitglieder des Verwaltungsrats anzugeben. Diese Anzeige ist alljährlich zu wiederholen.

§ 4. „Die Besitzer einer Zeitung sind zivilrechtlich verantwortlich, in solidum mit dem Verleger für die Erlegung von Bußen, Schadenersatz und Projektkosten, die sich aus Beurteilung für Preßvergehen ergeben.“

§ 5. „Die Maschinen, Buchstaben und anderen typographischen Gerätschaften der Druckerei, in der die Zeitung oder Zeitschrift gedruckt wird, stellen eine Bürgschaft im Sinne der Strafprozessordnung dar, für die Bezahlung der als Buße, Schadenersatz oder Projektkosten im Anschluß an eine Beurteilung wegen Preßvergehens geschuldeten Summe, unbeschadet etwaiger Vorzugsrechte, die sich aus dem Arbeitsvertrag zwischen Verleger und Journalist ergeben. An Stelle dieser Bürgschaft können die Besitzer der Zeitung oder Zeitschrift eine Kaution stellen, die von Fall zu Fall und bei Beginn jedes Jahres von dem Gerichtspräsidenten des Bezirkes, in dem die Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht wird, unter Berücksichtigung der Natur, Bedeutung und Verbreitung der Veröffentlichung festgesetzt wird.“

§ 6. Sowie nicht schwere Strafen vermerkt sind, wird mit Zuchthaus von 6 Monaten bis zu 3 Jahren und mit Buße von 2000 bis 10 000 Lire bestraft, wer im Bewußtsein ihrer Falschheit falsche oder künstlich abgeänderte Nachrichten veröffentlicht, die den nationalen Kredit im In- oder Ausland schädigen können oder in der Bevölkerung Unruhe erregen oder Anlaß zur Störung der öffentlichen Ordnung geben oder der diplomatischen Aktion der Regierung und den Beziehungen mit dem Ausland abträglich sein können.“

§ 7. „In den Städten mit Appellationsgericht ist eine Journalistenkammer gegründet. Diese wird Listen der berufstätigen Mitglieder aufstellen, die auf den Kanzleien der Appellationsgerichte

Ersatzwahlen in Frankreich.

Der Erzreaktionär Daudet unterlegen. — Die Linke verliert ein Kammermandat.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Tod des royalistischen Senators de la Hage bewarb sich der Royalistenführer Léon Daudet, Herausgeber des Wihlblattes „Action Française“, um dieses Mandat des Departements Maine-et-Loire. Damit er nicht durchdringe, stimmten die Linksparteien in der Stichwahl des Wahlkollegiums für den gemäßigten Republikaner Manceau, der mit 497 Stimmen gegen 356 für Daudet gewählt wurde. Die Royalisten haben damit einen ihrer sichersten Wahlkreise verloren.

Bei der in Calvados vorgenommenen Ersatzwahl für einen verstorbenen linksrepublikanischen Senator wurde Graf Harcourt, der zur republikanischen Vereinigung, also zur Fraktion Poincaré, gehört, im ersten Wahlgang gewählt.

Im Departement Obere Alpen wurde in der Nachwahl für den zum Senator gewählten sozialistischen Republikaner Cornaud, der Kandidat der republikanischen Union mit 10 689 Stimmen gegen 9914 des Linksblochs gewählt.

Die Beamten durch die Inflation beunruhigt.

Paris, 29. Juni. (W.T.B.) Ministerpräsident Painlevé hat eine Abordnung von Beamten empfangen, die ihn die Beunruhigung der Beamtenschaft über gewisse in den letzten Kammeritzungen gemachte Regierungserklärungen sowie wegen des Frankensitzes zum Ausdruck brachte und drei Forderungen unterbreitete: Sofortige Auszahlung der durch das Parlament bewilligten und noch nicht ausgezahlten Teuerungszulage, Ausarbeitung und Einführung einer beweglichen Gehaltskala, Mitarbeit der Beamten im Wirtschaftsrat.

Schwere Kämpfe in Marokko.

Paris, 29. Juni. (W.T.B.) Privatmeldungen aus Marokko lassen erkennen, daß Abd el Krim aus dem östlichen Teil der Front einen starken Druck ausübt. Selbst das „Journal des Debats“ muß zugeben, daß es sich seit Beginn der Feindseligkeiten, also seit der ersten Maihälfte, um die schwersten drückenden Kämpfe handelt. Der Einbruch der Riffleute habe gegen Süden wesentlichen Terraingewinn gebracht jedoch scheine das französische Kommando Herr der Lage geblieben zu sein. Obwohl es sich nicht darum handelt, um jeden Preis die Stellung zu halten, erfordere die Aufgabe, die jetzt gestellt sei, ein wachsame Kommando. Die augenblickliche Krise könne vielleicht noch einige Tage andauern, jedoch könne man nach den vorliegenden Berichten behaupten, daß ein Vormarsch der Riffleute gegen Fez zurzeit unwahrscheinlich sei.

Die Fortsetzung der Eisenverhandlungen.

Klagen der Schwerindustrie.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das jüngst in Luxemburg zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie getroffene privatwirtschaftliche Abkommen ist in neuen Verhandlungen durch eine seinerzeit eingesezte Unterkommission ergänzt und ausgebaut worden. Es soll sich dabei insbesondere um die technische Durchführung der getroffenen Vereinbarungen handeln. Nach der „Journée Industrielle“ soll zwar die von Deutschland der französischen Industrie mitgeteilte Ziffer für den zugestandenen Einfuhrkontingent von 1 750 000 Tonnen zutreffen, dagegen die Beteiligung der Saar und Luxemburgs an diesem Kontingent nicht ganz den bisher veröffentlichten Ziffern entsprechen.

Das gleiche Blatt veröffentlicht ein Telegramm aus Saarbrücken, in dem es heißt, daß die Saarindustrie lebhaftste Klage über die Verschleppung der deutsch-französischen Verhandlungen über die Regelung der ausländischen Wirtschaftsfragen führt. Die Situation werde von Tag zu Tag im Saargebiet kritischer und noch dadurch verschärft, daß die Geschäftsstockung, unter der die gesamte Wirtschaft leidet, bisher jede Erhöhung der Löhne und Gehälter verhindert habe, die dringend einer Anpassung an die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten bedürfen.

Angriffe auf Vandervelde.

Wegen seines „Vorwärts“-Interviews.

Brüssel, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärungen Vanderveldes für den „Vorwärts“ bereiten der gegnerischen Presse viel Kummer. „Vanderveldes unangebrachte Erklärungen“, „Unverständliche Erklärungen Vanderveldes“, „Vandervelde enthält in der deutschen sozialistischen Presse seine geheimen Gedanken“, „Vanderveldes Politik ist die der Sozialisten aller Länder“, „Vandervelde will Deutschland nicht weh tun“ — das sind so einige der schreienden Lieberkräften. „Dingtieme Sieckle“ appelliert an die nichtsozialistischen Minister, sich der internationalistischen Ideologie Vanderveldes zu widersetzen. „National Belge“ wirft Vandervelde vor, trotz der Wahl Hindenburgs und der Fortschritte des deutschen Nationalismus ebenso arglos zu sein wie vor dem Krieg. „Libre Belgique“ bestreitet, daß die große Mehrheit des belgischen Volkes die Ansicht Vanderveldes teile und sucht die Christlichdemokraten gegen die Sozialisten aufzuheben. „Soir“, „Standard“ und andere Blätter geben die Berliner Hausdepesche, die Vanderveldes Äußerungen übermittelt, ohne Kommentar wieder. Der „Peuple“ begnügt sich, die Erklärungen Vanderveldes in vollem Wortlaut wiederzugeben.

niederzulegen sind. Die Ausübung des journalistischen Berufs ist nur denen gestattet, die in diese Listen eingetragen sind. Die Normen für diese Eintragung werden durch besondere Ausführungsbestimmungen festgesetzt werden."

§ 8 hebt alle entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen auf. Wie man sieht, ist der durch die Zusätze geschaffene Zustand insofern verschlechtert, als die Einziehung des Vermögens der Besitzer, Verleger und Drucker vorgesehen ist. Man muß schon Mussolini Recht geben, wenn er sagt, „Das Schöne ist gekommen und ich glaube, es kommt noch Schöneres“. Man denke, wie schön es wird, wenn man den „Corriere della Sera“ zur Hinterlegung von sagen wir fünf Millionen Lire nötigen kann. Worauf das ganze hinaus will, geht aus den Worten hervor, die Farinacci am 21. d. M. vor dem faschistischen Parteitag über das Ensemble der „faschistischen“ Gesetze gesagt hat: „es wird alle Mittel geschaffen, um wirksam die politische Delinquenz zu bekämpfen und wird den faschistischen Illegalismus legalisieren, nämlich die Unterdrückung durch eine Partei jener Verbrechen, die nicht in den Strafgesetzbüchern aufgezählt sind“. Der Faschismus wird also in Zukunft ein Recht zum Strafverfolgung genießen gegenüber Handlungen, die in den Strafgesetzbüchern nicht aufgezählt sind. Wir hatten die Sache so verstanden, daß es sich gerade darum handelte, diese Aufzählung in den Strafgesetzbüchern zu vervollständigen. Aber nein: es soll eine Sonderzone faschistischer Justiz geben, in der die Faschisten, vom Strafrecht unbehelligt, aburteilen und ihr Urteil vollstrecken. Merkwürdigerweise haben wir den Eindruck, als gäbe es diese Zone schon jetzt und als habe sie eine recht ansehnliche Ausdehnung.

Jahre, vielleicht Jahrzehnte . . . !

Die SPD. revidiert sich.

Zu dem kommunistischen Parteitag, der in einigen Wochen in Berlin stattfinden soll, veröffentlicht Ruth Fischer in der „Roten Fahne“ einen programmatischen Aufsatz, in dem sich folgende Sätze finden:

„Als zum Ende muß die ganze Partei begreifen, daß nicht derjenige ein Kommunist ist, der sich der Bewegung angeschlossen hat in der Hoffnung auf einen nahen und raschen Sieg der Arbeiterklasse. Nur diejenigen werden wirklich zu Revolutionären geschult, die es verstehen, wenn es notwendig ist, den Aufbau einer bolschewistischen Partei auch Jahre, selbst Jahrzehnte hindurch, auch in den Zeiten des Niederganges der Revolution, auch unter den schwierigsten und kompliziertesten Verhältnissen zu vollziehen. Die deutschen Kommunisten, die durch so viel Feuer hindurchgegangen sind, die so viele Kämpfe erlebt haben, müssen gerade die Bedeutung dieser Grundfragen voll und ganz verstehen.“

Zum Schluß wird versichert, die Stabilisierung der Bourgeoisie stehe auf schwachen Füßen, es wird auf die Flammenzeichen in China und Nordafrika hingewiesen und ausgefordert, die Kampfpause zwischen zwei Wellen der Revolution auszunutzen. Aber noch einmal heißt es eindringlich: „Niemand von uns weiß, wie lange diese Frist ist.“

Tritt kein Rückschlag ein, dann ist mit solchen Erklärungen die putschistische Periode der SPD. abgeschlossen. Die Auffassung ist verlassen, daß der Tag der Revolution da sei, und daß es nur gelte, ihn durch entschlossenes Handeln auszunutzen. Allerdings fehlt noch der Mut, diese neue Auffassung auch auf die Vergangenheit anzuwenden, wodurch die Zwangsvorstellung von der Verräterrolle, die die Sozialdemokratie gespielt haben soll, unweigerlich zusammenbrechen müßte. Marxistisch ist diese Zwangsvorstellung freilich nicht, denn wäre „der Tag“ dagewesen, dann hätte auch der „Verrat der SPD.“ den Sieg der Revolution nicht verhindern können. Es wird also schon so sein, daß die Sozialdemokraten die objektiven Bedingungen der Entwicklung richtiger gesehen haben, als die Kommunisten es taten, die sich halloßen Illusionen hingaben und dadurch viele praktische Arbeiterinteressen vernachlässigten, viel Arbeiterblut nutzlos opferten.

Wenn es nun auch nach der neugewonnenen Einsicht der Kommunisten bis zum vollen Sieg des Sozialismus noch Jahre, ja Jahrzehnte dauern kann, dann rechtfertigt sich die ruhig überlegende praktische Arbeiterpolitik der Sozialdemokratie gegenüber der bisherigen kommunistischen Kritik auch für die Zukunft ganz von selbst.

Zu früh gebellt.

Die „Deutsche Zeitung“ als Krisentreiber.

Die „Deutsche Zeitung“ setzt ihre Angriffe gegen den Reichsaussenminister fort. Sie will ihn lieber heute als morgen fortgehen sehen und behauptet, in seiner eigenen Fraktion sei die Stimmung gegen ihn ständig im Wachsen. Die „Deutsche Zeitung“ betreibt ein wenig Krisenmacherei, damit die Öffentlichkeit nicht meine, bei den Deutschnationalen herrsche eitel Brüderlichkeit und Eintracht. Aber in der Wahl des Zeitpunktes hat sie sich dabei etwas vergriffen. Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen: **Strefemann muß bleiben.** Zu allem Ueberflus hat Herr Strefemann sich seinen eigenen Parteivorstand auf Dienstag bestellt, und der wird daselbe beschließen.

Wir zweifeln gar nicht daran, daß die Deutschnationalen lieber außerhalb der Regierung wären als in der Regierung. Da sie nun einmal drin sind, muß es sich wenigstens rentieren. Es könnte ihnen doch vielleicht noch das Geschenk einer Zustimmungsliste für die Agrarministerzölle werden. Bis sie darüber völlige Klarheit haben, werden sie sich beherrsigen. Sollte es ihnen schief gehen, so werden sie schon offiziell die bissigen Hunde in ihrer Presse gegen Strefemann loslassen. Die „Deutsche Zeitung“ hat zu früh gebellt.

Haus- und Grundbesitzertag.

Die Wirtschaftspartei droht mit Ablehnung der Aufwertungsvorlage.

Dresden, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagte hier der Verbandstag der Haus- und Grundbesitzer, ein ausschließlich in nationalitären Fahrwasser wandernder Verein. Er hatte sich u. a. den kompromittierten deutschnationalen Abg. Dr. Oberfahren als Redner über die „Steuerreform“ verschrieben. Am wesentlichen wandte sich Oberfahren gegen die noch bestehenden Reste der Erbschaftsteuerreform. Ihm folgte in seinen Ausführungen der Reichstagsabg. Dr. Jörissen. Er stellte fest, der Hausbesitz sei bereit, die Aufhebung der Wohnungswirtschaft vorausgesetzt einer 2prozentigen Aufwertung zuzustimmen. Aber ohne feste Garantien sei das unmöglich. Für den Fall, daß diese Garantien nicht geschaffen würden, behalte sich die Wirtschaftspartei die Ablehnung der gegenwärtigen Aufwertungsvorlage in dritter Lesung vor. Dann wüßte er der Behauptung, daß der Haus- und Grundbesitz nicht genügend Steuern zahlen, einige schöne Worte, ohne aber den Kern des Vorwurfs auch nur im geringsten zu widerlegen. Tatsächlich soll der Haus- und Grundbesitz nach den Erklärungen des Herrn Jörissen jährlich 3300 Millionen Mark aufbringen. Das sollen dreiviertel des Gesamtbedarfs des Reiches nach Ueberweisung an die Länder sein. Das Verhältnis mag richtig angegeben sein, aber auch Herr Jörissen dürfte nicht glauben, daß die Haus- und Grundbesitzer wirklich die von ihm angegebene Steuersumme aufbringen.

Christliche Bauernvereine für Schutzoll.

Eine abwegige Stellungnahme.

Köln, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Während die rheinische Zentrumswirtschaft gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die drohende Belastung der Lebenshaltung durch die neue Zollvorlage ankämpft und sogar in diesem Bestreben auch ab und zu von der Zentrumspresse unterstützt wird, sind die rheinischen Zentrumswirtschaftler von der dem Reichstag vorliegenden Zollvorlage nicht

entzückt, weil ihnen diese noch nicht weit genug geht. So faßt die Vereinigung rheinischer Bauernvereine zur Zollvorlage eine Entschliebung, in der festgestellt wird, daß die Zollvorlage der Reichsregierung in der rheinischen Landwirtschaft tiefe Enttäuschung und Besorgnis ausgelöst habe. Die Zollvorlage, so heißt es in dieser Entschliebung wörtlich, ist als eine Industrievorlage anzusprechen, da der Industrie eine offensichtliche Bevorzugung erfährt, während der Schutz der Landwirtschaft demgegenüber völlig zurücktritt. Die Zurücksetzung der Landwirtschaft wird vor allem darin erblickt, daß der Industrie weitere bedeutende Zollerhöhungen bis zu vielen hundert Prozent der Vorkriegszölle zugestanden werden, während der Landwirtschaft ein auch nur annähernd gleicher Schutz versagt bleibt, da nicht einmal der Vorkriegszollschutz zugestanden wurde. Ferner erfahre die landwirtschaftliche Produktion eine übermäßige Belastung und Verteuerung durch die für landwirtschaftliche Produktionsmittel vorgeschriebenen erheblichen Industriezölle. Während die Preise für die Industrieerzeugnisse im Inland um einen vollen Zehnfach erhöht wurden, seien diese Möglichkeiten einer Einschränkung auf den Preis bei der Landwirtschaft nicht vorhanden. Schließlich vermissen die rheinische Landwirtschaft, die seit Jahren den Druck der ausländischen Konkurrenz aufs schärfste empfindet, eine gerechte Berücksichtigung ihrer Produktionszweige. Der vorliegende Entwurf müsse daher als durchaus unvollständig bezeichnet werden. Gefordert wird u. a.: Gleichwertige Behandlung von Industrie und Landwirtschaft, Einbeziehung wichtiger bisher nicht vorgesehener landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Zollvorlage, Schaffung einer genügenden Garantie dafür, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen die landwirtschaftlichen Zölle nicht als Kompensationsobjekte behandelt werden, ausreichende Mindestsätze auch für Vieh, Obst, Gemüse, Wein usw., Wegfall aller belastenden Beschränkungen sowie Bewegungsfreiheit, Freigabe der Ausfuhr für landwirtschaftliche Produkte, Beseitigung der Umsatzsteuerfreiheit bei Einfuhr von ausländischen Produkten, Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft und ausreichende Existenzsicherung gegen ausländische Konkurrenz.

Diese Stellungnahme der rheinischen Bauernvereine verkennt, daß den Großagrariern, die die Getreidemindestzölle verlangen, gar nichts an einer Förderung der Bauernwirtschaften liegt. Daher hat die Großlandwirtschaft sich immer zum Vertreter des sog. „lückenlosen Zollschutzes“ gemacht, der zunächst eben den industriellen Hochschutzzoll vorzieht, damit man unter Hinweis auf ihn „aus Gründen der Solidarität“ den Getreidezoll begründen kann. Der Schwerindustrie, die ihrerseits die Getreidezölle als Gegenleistung für die agrarische Zustimmung zum Industriefschutzzoll bewilligt, ist viel zu sehr an Handelsverträgen interessiert, als daß sie das System der Mindestzölle allgemein unterstützen würde. Daher haben die Bauern, selbst wenn man ihre Forderungen als berechtigt anerkennen wollte, keine Aussicht, sie mit der agrarisch-schwerindustriellen durchzusetzen. Die Resolution ist also politisch vollkommen zwecklos. Sie ist aber auch in der sachlichen Beweisführung falsch. Denn die Bauernschaft ist wegen ihrer Viehhaltung z. B. auf die freie Einfuhr von Futtermitteln angewiesen.

Erreuenlicherweise steht die Stellungnahme der rheinischen Bauernvereine vereinzelt da. So hat sich der Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe zusammen mit den Landarbeiterorganisationen gegen die Schutzzollvorlage ausgesprochen in der richtigen Erkenntnis, daß die Hochschutzzölle der Landwirtschaft nur schaden.

Der neue deutschösterreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, ist heute vormittag 9.05 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. Zu seinem Empfang waren die Beamten der Gesandtschaft und Vertreter des Auswärtigen Amtes erschienen.

Ein Flugzeugtransport für Rumänien, der durch Ungarn gehen sollte, wurde auf Verlangen der ungarischen Regierung von der Ententeaufsicht angehalten, weil Flugzeugdurchfuhr durch Ungarn überhaupt verboten ist.

Parlament der Theaterbesucher.

(Sechster Volksbühnentag.)

Jena, Juni 1925.

Mehr als 200 Delegierte aus über 100 Orten in allen Teilen des Reiches sind erschienen. Die imposante Versammlung wird durch den Vorsitzenden des Verbandes, Staatssekretär a. D. Baake, eröffnet. Mit starken Worten urteilt er die Bewegung und weist vor allen Dingen darauf hin, wie mehr und mehr auch staatliche Funktionen der Theaterpflege auf sie übergegangen seien. Dann begrüßt Stadtdirektor Dr. Eisner für die Stadt Jena die Versammlung. Für das Preussische Kultusministerium spricht Dr. Seelig. Er betont, daß es dem Staate durch das Emporkommen der kulturellen Besucherorganisationen möglich geworden sei, eine Kulturpolitik auf dem Gebiete des Theaters zu treiben, wie nie zuvor. Wenn staatliche Mittel für die Volksbühnen bereitgestellt würden, so sei das eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Keineswegs würden die Volksbühnen dadurch Kostgänger des Staates, eher könnte man sagen, daß der Staat heute ein Kostgänger der Volksbühnen ist. Für die Thüringische Regierung sowie für die Thüringischen Volkshochschulen wünscht Dr. Buchwald der Tagung guten Verlauf. Als Vertreter der Universität Jena spricht der Rektor Prof. Werland Worte warmer Anerkennung über die Volksbühnenbewegung. Präsident Rickett überbringt die Grüße der Bühnenpenionsenschaft. Präsident Dr. Wolf spricht für den Deutschen Bühnenverein. Der Vorsitzende der Jenaer Volksbühne, Tiedemann, heißt die Erscheinenden als Sprecher seiner Organisation willkommen.

Der Geschäftsbericht wird den Delegierten schriftlich vorgelegt und von dem Geschäftsführer des Verbandes, Dr. Restriepke, eingeleitet und erläutert. Dem Verband schlossen sich im Berichtsjahr 1924/25 77 neue Organisationen an, so daß die Zahl der zugehörigen Vereine auf 193 stieg. Der Verband drang neuerdings auch in Bayern und Mecklenburg vor. Einzelne Organisationen konnten mit Hilfe eigener Bühnen oder durch die Beteiligung an städtischen Theaterbetriebesgesellschaften Wertvolles leisten, die große Mehrzahl nahm ihre Vorstellungen von anderen Bühnen, meist sehr zum Vorteil der Leistungen dieser Theater. Daneben standen Theaterfahrten, zahlreiche Sonderdarbietungen aus anderen künstlerischen Gebieten im. 48 Vereine geben eigene Zeitschriften unentgeltlich an ihre Mitglieder ab, 30 weitere ein vom Verband geleitetes Organ. Der Verband fand bei der Reichsregierung und bei wachen Landesregierungen, vor allen Dingen im Preussischen Kultusministerium, zum Teil sehr wertvolle Förderung. Durch die Schaffung mehrerer eigener Wanderbühnen, die mit außerordentlich gutem Ergebnis arbeiteten, durch die Vermittlung von Künstlern für Konzerte usw., durch einen eigenen Berlog und andere Einrichtungen konnte er sein Tätigkeitsgebiet erheblich ausweiten. — Anschließend an den Geschäftsbericht gibt der Verbandstaktiker Geilgens den Klassenbericht des Verbandes, der ein recht günstiges Bild aufweist.

An diese Berichte schließt sich eine längere Aussprache an, in der die Arbeit der Verbandleitung vielfach mit lobenden Worten gewürdigt wird. Gestagt wird darüber, daß in einzelnen Orten, in denen Volksbühnengemeinden noch nicht ins Leben traten, von

anderen Stellen, auch von Arbeiterbildungsausschüssen, noch recht ungenügend für eine Verbindung zwischen Massen und Bühne gefordert werde.

Die Versammlung wendet sich dann der Beratung von Satzungsänderungen zu.

Der zweite Verhandlungstag bringt nach Abschluß der Beratung über gewisse Satzungsänderungen zwei Vorträge über das Thema „Jugend und Volksbühne“.

Junächst spricht Wilhelm Spöhr, der Leiter der Berliner Jugendvolksbühne, über die Pflicht der Volksbühnen, der schulpflichtigen Jugend und der Jugend der Fortbildungsschulen künstlerische Darbietungen zu vermitteln. Er verweist auf den vielen Mühsal und Schand, der die Jugend bedroht und dem es entgegenzuwirken gilt. Er führt aus der Praxis der Berliner Volksbühnenvorstellungen ergreifende Beweise für die tiefe Wirkung vieler Aufführungen für die Jugend an. Natürlich vergißt er auch nicht, auf die Wichtigkeit einer rechtzeitigen Gewinnung der Jugend im Interesse der späteren Volksbühnenarbeit an den Erwachsenen hinzuweisen. — Der zweite Referent, Dr. Adam Ruchhoff, wach, beschäftigt sich mit der Frage des aktiven Bühnenspiels der Jugend. Künstlerische Bedeutung hat für ihn das Valenspiel nur in den Anfängen der Kunst, in der Zeit ihrer engsten Verbindung mit der Religion. Heute sei das Valenspiel ästhetisch abzulehnen. Dem Streben der Jugend, Gemeinschaften mit bestimmten neuen Inhalten zu schaffen und diese im Spiel zum Ausdruck zu bringen, steht Ruchhoff mit Sympathie, aber auch mit einiger Skepsis gegenüber. Für die Kelterer hält er es für das Beste, sich hier nicht hineinzumischen. Den Volksbühnen rät er, das Valenspiel der Jugend nicht positiv zu unterstützen, aber Menschen mit lebendigem Gefühl für diese Dinge zu suchen, die als Berater bereitstehen.

In einer lebendigen Aussprache betont zunächst Rickett, der als Vertreter der Bühnengemeinschaft anwesend ist, wie sehr seine Organisation sich berufen fühle, Hüterin der Theaterkunst zu sein, und daß sie auch dem Valenspiel Verständnis entgegenbringe, so sehr sie es als künstlerische Erscheinung ablehne. Im Hinblick auf die Ausführungen Spöhrs befürwortet er lebhaft, daß der Staat den Volksbühnen Mittel zur Verfügung stelle, damit sie mehr noch als bisher der Jugend Vorstellungen bieten könnten. — In Friedrich Schulz-Berlin nimmt ein Vertreter der proletarischen Jugendbewegung das Wort, um festzustellen, daß von ihr das Valenspiel nicht überschätzt und nicht als Ersatz des Berufs-theaters betrachtet werde. Diese Jugend sehe in der Volksbühne die Bewirkung ihrer Theaterwünsche. Er schildert, wie in den Jugendabteilungen der Berliner Jugendvolksbühne Werte wirklich zum Gemeinschaftserlebnis geworden wären. — Jaffé-Sühl zeigt an Hand erschütternder Bilder, wie notwendig es sei, besonders in den Industriegebieten der Jugend das gute Theater zu erschließen. Was die aktive Beteiligung der Jugend im Spiel angeht, so hält er hier das Puppentheater als die beste Gelegenheit. — Dr. Herzfeld-Frankfurt am Main setzt sich für ein lebendiges Zusammengehen mit der Jugend auch bei ihren Spielen ein. — Wöhner-Stuttgart warnt vor einer Ueberhöhung des Wertes des Valenspiels, das leicht zur Selbstüberhebung führe. — Wiberger-Magdeburg unterrichtet als Pädagoge, welche Werke für ein Schülerpublikum in Frage kommen könnten. — Von Kroger-Hannover wird die Bedeutung der

Schule für die Stellung der Jugend zum Theater besprochen. — Zwehl-Frankfurt wendet sich gegen jede Schulmeisterei bei den Jugendvorstellungen. Die Valenspielstunde in den Schulen lehnt er entschieden ab. — In Heßler-Berlin kommt ein Vertreter der Gewerkschaften zu Wort, der auf die fortschreitende Mechanisierung der Arbeit hinweist und zeigt, wie verständlich und wertvoll zugleich das Streben der Jugend sei, hier nun im eigenen Valenspiel wie im Erlebnis von Vorstellungen der Berufslehre eine Ergänzung zu finden. — Kling-Chemnitz schließt sich Ruchhoff in der Feststellung an, daß das heutige Theater zu formalistisch sei. Gegen das Valenspiel hat aber auch er Bedenken. Um so wichtiger scheint ihm der Sprechchor, mit dem bereits wertvolle Erfahrungen gemacht wurden. — Sehr gut charakterisiert Lange-Halle den Valenspieler, der gewiß ganz erfüllt sei von seiner Aufgabe, dem aber die technische Schulung fehle, ohne die eine künstlerische Wirkung nicht erzielt werden könne. — Nachdem andere Redner noch ähnliche Beobachtungen und Erfahrungen mitgeteilt und Dr. Tack-Stein vor allen Dingen dafür eingetreten ist, daß die Volksbühnen die Jugendlichen auch zur Mitarbeit in ihren Ausschüssen heranziehen, ihnen selbst die Möglichkeit zur Mitbestimmung des für sie in Betracht kommenden Spielplanes geben möchten, erhalten die Referenten das Schlusswort. — Ueberhalb der eigentlichen Tagesordnung macht Frau Gerloff-Wandenburg noch sehr treffende Ausführungen über die Aufgaben, die die Volksbühne den Frauen gegenüber zu erfüllen habe.

Der gefähliche Malkasten. In Düsseldorf gibt es eine Künstlervereinigung „Malkasten“. Die junge Generation kann sie nicht leiden, sie ist zu unmodern, das Jahrausendfestspiel, das die Malkastner jetzt aufgeführt haben, soll auch nicht gerade von heute sein — aber das tut alles nichts zur Sache. Zu der Sache nämlich, daß bei der zweiten Wiederholung des „Deutschlandlied“ gespielt und von den Anwesenden mitgeführt wurde. Das ist nun eine Sache der Ueberzeugung, des Gefühls, in diesem besonderen Fall auch des Geschmacks; zu verstehen ist das Verhalten des Publikums gerade im besetzten Düsseldorf auf alle Fälle. Aber der französische Ortskommandant von Düsseldorf verstand nicht, und er mußte sich nicht anders zu helfen, als durch ein Verbot eine weitere Ausführung zu verhindern. Wer die Psyche des Militärs kennt, kann das zwar auch verstehen, beurteilen aber nur als unglücklich, dumm, kurzfristig, militaristisch. Denn was ist die Wirkung? Neuer Zerber, neue Verbitterung, neue Revandengebanten, neue Schwarzweiß-rederie! Eben kommt nun die Meldung, daß das Verbot rückgängig gemacht wurde. Hat etwa ein Militär gelernt, daß man Frieden nicht erntet, wenn man Kriegsstimmung sät? Hat ein Soldat das gelernt? Dann: Heil dem Malkasten, Heil dem Symptom kommenden Sieges der Vernunft!

Theaterabbau in Dortmund. Die Stadt Dortmund, die bisher ein großes und ein kleines Theater unterhielt, wird den Betrieb des kleinen Hauses mit Ablauf dieser Spielzeit wegen Unrentabilität einstellen.

Drahtbahn auf dem Nonnberg. Von Chamany wird eine elektrisch betriebene Drahtbahn nach der Aiguille du Nord, 2843 Meter über dem Meeresspiegel, gebaut. Der erste Abschnitt bis zu einer Höhe von 1750 Meter war schon im letzten Winter eröffnet. Bis zum nächsten Winter wird die Drahtbahn bis zur Gabelschanzen 2650 Meter hoch im Betrieb sein. Die Gängewegen können 18 Personen aufnehmen.

Bezirksparteitag in Thüringen.

Für Amnestie. — Gegen Agrarzölle.

Jena, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Groß-Thüringens nahm am Sonntag folgende Entschlüsse an: Der Bezirksparteitag Thüringens gibt seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß die versprochenen Amnestiegesetze dem Reichstag immer noch nicht zugegangen sind und fordert von der thüringischen Regierung, daß sie ihre Vertreter im Reichsrat anweist, der Frage eingehende Beachtung zu schenken, besonders aber auf eine schnelle Schaffung einer umfassenden Amnestie zu drängen. Soweit den Ländern bei der kommenden Amnestie besondere Maßnahmen vorbehalten werden, verlangt der Parteitag, daß die thüringische Regierung besonders die Vergehen aus wirtschaftlicher Rot bei Streiks usw. berücksichtigt und die politischen Vergehen nicht einseitig beurteilt werden.

Weiter nahm der Bezirksparteitag folgenden Antrag an: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wolle beschließen: Der Reichswahlrat ist abzulehnen, außerdem nahm der Bezirksparteitag nach einem Referat des Genossen Hilferding Stellung zu den Zollfragen und erbot einmütig Protest gegen die Einführung der das Elend der breiten Massen noch mehr verelendenden Agrarzölle gegen die die wirtschaftliche Entwicklung zum Freihandel hemmenden sowie die internationale Verständigung der Arbeit erschwerenden Industriezölle. Der Parteitag erwartet, daß die Reichstagsfraktion mit allen parlamentarischen Mitteln den Kampf führt und ruft die Massen auf, diesen Kampf mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.

Der Kindermann - Skandal.

Warum schweigt die Reichsregierung?

Seit nahezu dreiviertel Jahren werden in Moskau zwei junge harmlose Deutsche nebst einem zweifelhaften Deutschbalten festgehalten unter Beschuldigungen, die, jedenfalls was die beiden Deutschen anbetrifft, auf den ersten Blick als geradezu irrsinnig erscheinen müssen. In der ersten Zeit wußte man nicht recht, was die Sowjetseite damit bezwecken. Als jedoch der Leipziger Tschakaprowz die Einföhrung der das Elend der breiten Massen noch mehr verelendenden Agrarzölle gegen die die wirtschaftliche Entwicklung zum Freihandel hemmenden sowie die internationale Verständigung der Arbeit erschwerenden Industriezölle. Der Parteitag erwartet, daß die Reichstagsfraktion mit allen parlamentarischen Mitteln den Kampf führt und ruft die Massen auf, diesen Kampf mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.

Warum verhält sich die Reichsregierung diesem Skandal gegenüber so passiv?

Aus demselben Grunde, aus dem sie vor Jahresfrist aus purer Liebedienerei gegenüber Sowjetrußland dem Verlangen nach Ablehnung des Regierungsdirektors Weich von der Verteilung in Rechnung trug, obwohl die russische Botschaft allen Anlaß gehabt hätte, hinsichtlich des Treibens in ihrer Handelsvertretung still zu sein.

Aus demselben Grunde, aus dem sie nicht die geringsten praktischen Schutzmaßnahmen aus den Feststellungen des Leipziger Tschakaprowz gezogen hat; eine sich selbst achtende Regierung hätte auf Grund der Enthüllungen über die Rolle des Skoblewski, der von seinem Schlafzimmer in der russischen Botschaft aus Mord- und Ausschüßpläne dirigierte, die sofortige Abberufung des Botschafters gefordert. Aber das kusswärtige Amt hat nicht nur nichts dergleichen getan, sondern sogar versucht, die deutsche Öffentlichkeit zu beruhigen.

Dieser Grund ist sogar ein Grundjah: Die „Stille Richtung“ im auswärtigen Amt will um jeden Preis eine deutsch-russische Verständigung vermeiden, auch um den Preis deutscher Interessen und deutscher Menschenleben: das galt in der Sache Weich, das galt in der Affäre Skoblewski, das gilt in dem Handel Kindermann — ja das gilt sogar in der Frage des Sicherheitspats und des Eintritts in den Völkerbund!

London gegen Moskau.

Ausweisung der Sowjetmission?

London, 29. Juni. (W.T.B.) Der Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, sagte in einer Rede in Boughborough, als er über die „furchtbare Seuche des Bolschewismus“ sprach, vor einigen Tagen habe Chamberlain im Unterhaus die wichtige Erklärung abgegeben, daß die Unruhen in China durch Agenten eines anderen Landes genährt würden. Eine solche Äußerung aus dem Munde des Staatssekretärs könne nicht außer Acht gelassen werden. Zweifellos werde eine Zeit kommen, wo sich die Engländer zu fragen hätten, ob sie wirklich hilflos einem Lande gegenüberstünden, das eine diplomatische Vertretung in London besitze, und das dessen ungeachtet nach dem Geständnis seiner eigenen Führer in der ganzen Welt durch eine unermüdliche geheime Tätigkeit das Ziel der Zerstörung des britischen Reichs verfolge. — Diese Äußerung Birkenheads ist besonders demeritenswert, da hier zum erstenmal ein Kabinettsmitglied ähnliche Gedankengänge ausdrückt, wie sie seit einigen Tagen von der „Times“ und dem „Daily Telegraph“ hinsichtlich der Londoner diplomatischen Vertretung Sowjetrußlands vorgebracht werden.

Im „Observer“ schreibt Garvin in einem Aufsatz über die Unruhen in China, die Extremisten in Moskau seien der Ueberzeugung, daß Großbritannien und das britische Reich die Hauptbindernisse für eine Weltrevolution seien, und daher würde von Moskau aus alles geschehen, was möglich sei, um die britische Stellung in Asien zu untergraben. Klügere Männer in Moskau, wie z. B. Krasin, wußten genau, daß eine derartige Außenpolitik verfehlt sei, aber es herrsche eben der Geist Stomwens, und er werde vielleicht in nicht zu ferner Zeit eine sehr unerfreuliche Entscheidung herbeiführen.

Chinesische Konferenzerfahrungen an Amerika.

London, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Der chinesische Gesandte in Washington hat dem Staatsdepartement eine Note überreicht, in welcher die amerikanische Regierung ersucht wird, eine Konferenz in Washington zu vermitteln, welche die Differenzen zwischen China und den Mächten regeln soll.

Spreefahrt . . .

Die besteigt mit einem Freunde bei herrlichem Sonnenwetter ein schlankes Paddelboot. Zu beiden Ufern Wiesen- und Waldgrün, die weite glühende Wasserfläche, auf der die Sonne ihre wunderlichen Silberfingerringe malt, belebt von Booten, so weit das Auge reicht. Es ist etwas Wunderbares um dieses Ringen mit dem stillen quackeligen Wasser, das sich, ein immer flutender, immer lebendiger Reigen, vom Osten nach Westen ins Meer schlängelt. . .

Jene Segel, die sich wie weisse, feststarr starre Raubvögel leicht über das Wasser legen, muten an wie ein Menschenleben. Drückende Enge und doch unermessliche Weite zugleich. Ewiger Kampf, gebückt im wechselnden Streit mit dem Widersacher, aber zugleich auch eine Hoffnung im geträufelten Gleichmaß des ewigen Lebens.

Wie ein von innerer Lust geschüttelter Fisch durchschneidet das Boot die Wellen, immer lavierend, im Streit mit den Wellen, die die Schrauben der Motordampfer glischig-weiß aufwühlen. . . Gleich kleinen, buntprenglichen Miniaturen sind die zahlreichen Gasthäuser in den grünen Rahmen des Frühsummers eingefügt. Dort sitzen wie in der altrömischen Arena die würdigen Inhaber vor reservierten Plätzen, um in unverfälschtem Dialekt ihr sachverständiges Urteil über die Qualitäten der einzelnen Wasserstarter zu fällen. Die mühen sich, dekolletiert wie nur irgend möglich, manche nur mit einer schlichten Badehose umgürtet, aber trotzdem in der Ueberglüte der Sonne schweißdurchtränkt — die Anstrengung macht jedoch keine Qual.

Die da an Land fühlen sich wohl sicherer und sie können ihre Gliedmaßen weit unbehindert operieren lassen, wie wir auf dem schwankeuden, eng umgrenzten Brett.

Gegen Nachmittag beleben die Gelegenheitsamateure mit ihren gemieteten „Ballonlähnen“ die Szenerie. Nicht gerade sehr vorteilhaft. Das Steuern vor allem ist nicht ihre stärkste Seite. Meist sieht eine liebeerzörende Jungfrau am Steuer. Sie singt Sehnsuchtslieder an den Mond oder schlägt Irish die Klampfe; dabei rammt sie sich mit tödlicher Sicherheit, wenn du nicht höllisch auf dem „Jaden“ bist. Hinten, nicht weit vom Eingang des Teletower Kanals hat man einen kleinen Badestrand mit Burgenland und Familienhütten improvisiert.

Ganz fern im Westen taucht hinter den Schloten der Oberschöneweider Industrie der Fieberhaft rote Sonnenball unter und plötzlich ist die Atmosphäre irgendwie von Traurigkeit erfüllt.

Die plätschernden Wellen erlösen in schwärzeren Tönen — sie werden ungesellig — drängen zur Heimkehr.

Ischele und Mannele.

Das Ende einer Berliner Verbrecherbande.

Ein Einbruch unter den Linden führte zur Aufklärung des Treibens einer siebenköpfigen Bande, die jetzt bis auf zwei Mann hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. In das Silberwarengeschäft der Witwe Posen, Unter den Linden, waren ein Karl Mitsch und ein Wiese von dem nebenan liegenden Blumenladen durch die Wand eingedrungen. Sie hatten ganze Säcke voll Silberzeug gepackt, sich aber bei der mühsamen Arbeit so verspätet, daß sie den größten Teil im Stich lassen mußten. Aufgepaßt hatte draußen ein gewisser Mische, der ganze Zeit über mit harmloser Miene auf einer Bank saß, weil er ein krankes Bein hat. Die beiden Einbrecher und der Aufpaßer wurden ermittelt und festgenommen, und nun ergaben die weiteren Nachforschungen, daß sie zu einer Bande gehörten, die plan- und gewerbsmäßig den Einbruch in Konfektions- und Tricotgeschäften betrieb, sich aber nie mit Kleinigkeiten abgab. Die anderen Mitglieder waren ein gewisser Wills Malchin, ein Peters, ein Mann aus Bodz, der nur unter dem Namen Mannele oder der Einbrecherkönig von Bodz bekannt ist und endlich ein ebenfalls noch unbekannter Ladger mit dem Spitznamen Ischele, der die Heblergeschäfte besorgte. Malchin besorgte immer ein Fuhrwerk. Um die Beute vorläufig verdecken zu können, hatte sich die Bande in der Grenadierstraße eigens eine Remise gemietet. Hier hatte sie eines Nachts einen großen Posten Tricotwaren aus einem Einbruch in der Straßener Straße untergebracht. Mitsch und Peters fanden bis 10 Uhr vormittags bei der wertvollen Beute Wache. Dann gingen sie ermüdet nach Hause schlafen. Als sie nach einigen Stunden wiederkamen, war ein großer Teil der Waren verschwunden. Der Fehler Ischele hatte sich heimlich verorgt. Ueber diesen Streich ging die Freundschaft in die Brüche. Die beiden Parteilosen arbeiteten jetzt eine Zeitlang getrennt für eigene Rechnung. Als aber Mitsch und Peters in der Tauentzienstraße ein „großes Geschäft“ in Aussicht hatten, das sie allein nicht bewältigen konnten, vereinigten sie sich wieder mit der anderen Kolonne. Ein Teil des Silberzeuges aus dem Laden unter den Linden war früher bereits in der Behausung des Mitsch gefunden worden. Anderes entdeckte man jetzt noch in dem Stall eines Betriebes, aus dem Malchin das Fuhrwerk zu besorgen pflegte. Die Mitglieder der Bande wurden jetzt bis auf die beiden Ladger festgenommen. Diese beiden sind aus Berlin spurlos verschwunden. Außer den 12 großen Einbrüchen, die sie einräumten, haben die Verhafteten wahrscheinlich noch viel mehr auf dem Kerbholz. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt die Dienststelle B. I. 3, Kriminalkommissar Treitin, im Zimmer 103 des Postpräsidiums entgegen.

Fahrkarten für Sommersonderzüge.

Ueber den Verkauf der Fahrkarten zu den Sommersonderzügen wird von der Reichsgenerale für Deutsche Verkehrsverbände auf Grund amtlicher Unterlagen mitgeteilt, daß die Sonderzüge nach München bis auf den 7. Juli, für den noch Fahrkarten abgegeben werden können, ausverkauft sind. Ebenso sind die Fahrkarten für den Sonderzug nach Basel am 3. Juli und nach Stuttgart am 4. Juli vergriffen. Für die übrigen Züge nach Stuttgart und Basel im Juli sind noch Karten verfügbar. — Die Sonderzüge nach Dippoldshausen und von Charlottenburg nach der Ostsee sind ausverkauft. Für die Sonderzüge vom Steintiner Bahnhof nach der Ostsee sind nur noch Karten zu den Zügen am 8. Juli und 15. August nach Swinemünde verfügbar. Reisende, die vom Bahnhof Charlottenburg abschlägig beschieden sind, wollen bei der Fahrkartenausgabe Steintiner Bahnhof nachfragen. Zu den Sonderzügen nach dem Harz können noch Fahrkarten abgegeben werden, dagegen nicht zu dem Sonderzuge nach Köln am 4. Juli. Den Reisenden nach dem Rheinlande wird empfohlen, die Sonderzüge zu benutzen, die aus Anlaß der Jahrausfahrt zu den gleichen Bedingungen wie die Ferien- und Sommerzüge am 10., 17. und 24. Juli verkehren. Fahrkarten werden ausgegeben nach Essen, Mülheim, Duisburg, Düsseldorf, Köln und Wachen. — Nach dem Riesengebirge können noch Fahrkarten für die Sonderzüge am 3. Juli und 15. August abgegeben werden. — Nach Thüringen sind für die Sonderzüge nach Rudolstadt am 3. Juli und nach Eisenach am 11. Juli noch Karten verfügbar.

Auch ein Zeitunggründer.

Der Kaufmann Siegfried Seelig, der zuletzt mit Schucreme handelte, hatte während des Wahlfeldzuges gemittelt, daß auf dem Gebiet des Zeitungswesens „vielleicht auch ein Geschäft zu machen“ sei. Er hatte zwar in jüngeren Jahren sich schon im Zeitungswesen betätigt, war dann aber aus dieser Branche herausgekommen, nachdem er wiederholt wegen Betruges und Unterschlagung verurteilt worden war. Jetzt wollte er sich wieder einmal als Zeitungsmann betätigen und gründete sogleich eine „demokratische“ Zeitschrift, „Der Osten“. Die ersten Mittel zur Gründung der Zeitschrift beschaffte sich „Dr.“ Seelig, wie er sich nannte, durch Kautionspfandbriefen. Verschiedene Leute, die auf

diese Weise eine Unterstützung zu erhalten hofften, wurden um ihr Legtes gebracht. Als die erste Nummer der Zeitschrift erschienen war, wandte sich der Angeklagte an führende Persönlichkeiten der Demokratischen Partei und erreichte auch, daß ihm Darlehen gegeben wurden. Als Seelig aber Geld in den Händen hatte, kümmerte er sich um das Zeitungswesen nicht mehr. Er schaffte sich ein Kuruzugewinn an und lebte auf großem Fuße, so daß die Zeitungsgründung bald zusammenbrach. Der Schaden wird auf etwa 11 000 M. beziffert. Da der Angeklagte auch Wechsel und Quittungen unter falschem Namen ausgefüllt hatte, so wurde er nicht nur wegen Betruges, sondern auch wegen schwerer Urkundenfälschung verurteilt. Die Strafe lautete auf 1 Jahr Gefängnis und 4 Wochen Haft. Letztere war durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Die Berliner Amerika-Anleihe.

Bom Nachrichtenamt des Registrars wird mitgeteilt: Die Stadt Berlin hat durch Vermittlung der Deutschen Bank in Berlin und der Firma Lazord Speyer-Ellien in Frankfurt a. M. mit einem amerikanischen Konsortium unter Führung der Firma Speyer u. Co. in New York, dem außerdem noch angehören: Blair u. Co., Inc. Equitable Trust Company in New York, Chase Securities Corporation, sämtlich in New York eine 6½prozentige 25jährige amortisierbare Auslandsanleihe im Betrage von 15 Millionen Dollar abgeschlossen. Verstärkte Tilgung durch Auslosung der Gesamtilgung zu pari ist ab 1. April 1930 zugelassen. Der Erlös der Anleihe dient der Erweiterung des Untergrundbahnsystems und zum Ausbau und zur Verbesserung der elektrischen Licht- und Kraftwerke.

Wo bleibt die Baupolizei?

Das große Schadenfeuer in der Lindenmarkthalle löst die Frage entstehen, wo die Baupolizei bleibt. Bei der Bewältigung dieses Brandes, der in mehr als einer Hinsicht besonders gefährlich war, stieß die Feuerwehr auf erhebliche Schwierigkeiten, da die Verbindungswege im Kellergebäude der Halle entgegen den elementarsten baupolizeilichen Vorschriften fehlten. Die Baupolizei hätte durch exakte Kontrolle diesen Uebelstand feststellen und für seine Abhilfe Sorge tragen müssen. Noch einige andere Fälle als Beweis dafür, daß die Baupolizei, wenigstens den Großbetriebern gegenüber, eine Langgait an den Tag legt, gegen die nicht entschieden genug Protest erhoben werden kann.

Der große Brand in den Sarotti-Werken konnte seinerzeit nur darum eine so große Ausdehnung nehmen, weil die baupolizeilichen Vorschriften in größtmöglicher Weise außer acht gelassen waren. Als vor etwa 6 Wochen bei der U. G. M. A. K. K. K. ein schweres Großfeuer ausbrach, konnten die Beschütze der Feuerwehr sich nur unter größter Mühe den Weg für ihre Rettungsarbeiten freimachen, da die Höfe mit Kisten, Wagen und Geräten fast barrikadenmäßig verstopft waren. Bei dem Brand in einem Industriegebäude in der Köpenicker Straße konnte die Feuerwehr nicht an die Brandstelle herankommen, da die Enge der Höfe das Passieren der Wagen unmöglich machte. Während man aber der Industrie gegenüber mit einer Loyalität, die an Fahrlässigkeit grenzt, beide Augen zudrückt, erhebt sich ein furchtbares Wehgeschrei, wenn ein Laubentkollist und Siedler die verbrecherische Anwendung bekommt, sein Laubenhäuschen 3 Zentimeter breiter als Vorschriften anzulegen. Hier geht man mit einer Sorgfalt vor, die den Großbetriebern gegenüber scharf über am Plage wäre. Die Fälle mehren sich, daß Laubentkollist, irgendeiner Formalitätsbagatelle wegen, ihr Häuschen auf Anordnung der Baupolizei niederreißen mußten. Hier herrscht eine barbarische Strenge, während der Industrie gegenüber die sonst so berühmte baupolizeiliche Aktivität völlig verlagert. So wird ein langjähriger, sehr beachtlicher Fall aus Brich berichtet:

Ein kleiner Siedler hatte an Stelle seiner alten Laube eine etwas größere gebaut, ohne dies rechtzeitig der Baupolizei zu melden. Man drohte mit Niederreißen der Laube und nur nach unentgeltlichen Wähen gelang es dem Bedrohten, das Unheil von seiner Laube abzuwenden. Sechs Doppelhäuser in Brich barren seit Monaten ihrer Vollendung. Sie dürfen, geringfügiger Formalitäten wegen, nicht vollendet werden. Auch ein Mittel, um die Wohnungsnot zu beheben!

Ferien-Studienreisen im In- und Ausland. Im Monat Juli sind vom Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit die folgenden Ferien-Studienreisen vorgesehen: Vom 19. bis 25. Juli 1925 Hamburg-Helgoland-Bremen, vom 26. Juli bis 4. August 1925 nach der Schweiz (Zürich, Luzern, Bern, Waldstätten, See, Interlaken, Bern, Berner Bergland, Basel). — Ferienreise finden statt: Vom 27. Juli bis 1. August 1925 in Freiburg im Breisgau (im Badischen Schwarzwald), Josef Quisvold Stern über: Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung. Dieser Kursus ist besonders für die in der praktischen Bildungsarbeit stehenden Genossen von großer Bedeutung. Vom 2. bis 8. August 1925 im Landesjugendheim Cismara d. Ostsee (Hofstein), Staatskanzler a. D. Dr. Renner über: Staat und Sozialismus. Anmeldungen zu diesen Veranstaltungen müssen umgehend erfolgen beim Bildungsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3. Dort wird auch ein ausführliches Ferienprogramm über die gesamten Ferienveranstaltungen in diesem Sommer kostenlos abgegeben.

Betriebseröffnung der Fleischgroßmarkthalle Landsberger Straße. In aller nächster Zeit wird die neue Fleischmarkthalle in der Landsberger Straße in Betrieb genommen werden. Bekanntlich war die Halle schon einmal provisorisch in Benutzung, hatte sich jedoch mit ihren 6000 Quadratmetern Fläche als viel zu klein erwiesen. So war eine Ergänzung notwendig, die jetzt fertiggestellt ist und einen Flächenumfang von 4100 Quadratmetern aufweist. Anschließend wird noch ein eigenes Kühl- und Gefrierhaus errichtet, das 5000 Quadratmeter Fläche faßt. Hier befinden sich auch umfassend angelegte Kellerräume. Die Gesamtkosten für die Neubauten betragen insgesamt 6 Millionen Mark. Interessant ist noch, daß der Sonderneubau für Auslandsfleisch auch eine Zollniederlage enthält. Weitere Verhandlungen sind geplant. Hierfür ist Gelände in nächster Nähe der Neubauten vorgesehen.

Von Kommunisten überfallen. Am Sonnabend wurde in Berlin der sozialdemokratische Parteifunktionär Genosse Heidler von Kommunisten überfallen, gewürgt und durch einen Messerstoß über dem rechten Auge schwer verletzt. Die Urheber dieses Attentats waren im Begriff, an einer geheimen kommunistischen Versammlung teilzunehmen, als sie Heidler entdeckten und sich kurz entschlossen, ihm seiner Gefinnung wegen einen „Dentsettel“ zu verabreichen. Die Täter sind festgestelt.

Die Stadtverordnetenversammlung soll in dieser Woche drei Sitzungen haben, am Dienstag um 6 Uhr, am Donnerstag um 6 Uhr und nötigenfalls auch noch am Freitag um 5 Uhr. Der Haushaltsplan muß durchberaten und festgesetzt werden und auch andere keinen Aufschub gestattende Vorlagen müssen noch vor den Sommerferien erledigt sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis Wilmersberg. Die erste Sitzung des neuorganisierten Kreisverbandes findet Mittwoch, den 1. Juli, abends 7½ Uhr, in der Bibliothek Weichselstraße 20 statt. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen.
 18. W. B. Die Bezirksleiter holen heute nachmittags 5 Uhr die Denkschrift vom Bezirksleiter ab.
 19. W. B. Heute abend 6 Uhr Treffpunkt der Genossen bei Gleditsch, Wilmersberg Str. 20, zur Landtagsbesprechung.
 20. W. B. Kempelhof. Die am Sonntag anberaumte Funktionärtsversammlung findet erst am Montag, den 6. Juli, statt.
 21. W. B. Rosenthal. Heute 7½ Uhr bei Gleditsch, Wilmersberg Str. 20, Funktionärtsversammlung. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sind einzufahren.
- Jugendabteilung. Gruppe Reinickendorf. Adonai! Heute, Montag, 6 Uhr, Reichsausschuh. wichtige Sitzung des Reichsausschuhes für Jugendabteilung. Kautionspfandbriefe aller Genossen vorzubringen.

